

Update zur 35-Stunden-Woche

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich gefordert

Foto: © shutterstock.com/ Igor Chus



+++ Seit 1.1. 2020 gelten in manchen Bundesländern neue Mindestgehaltsansätze (MG) und IST-Gehälter (IST) +++ Wien: MG +3,5%, IST +3%. +++ NÖ: MG-Plus von bis zu 4,9%, IST +2,61% +++ Salzburg: MG +7%. IST +3,5%. +++ Laufende Verhandlungen in Kärnten und der Steiermark +++

Immer mehr Pflegekräfte werden gebraucht. Doch schon heute geben einige frustriert auf, und der Nachwuchs bleibt aus. Deshalb wollen die ArbeitnehmerInnen bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchsetzen. Der Hintergrund: Österreichs Bevölkerung wird immer älter, damit werden auch mehr Menschen pflegebedürftig. Bis 2030 besteht landesweit ein Bedarf an 76.000 weiteren Pflegekräften – das hat eine Studie im Auftrag des Sozialministeriums errechnet. Rund 125.000 ArbeitnehmerInnen fallen unter den Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ). Vergangenes Jahr wurde erst nach sechs Verhandlungsrunden eine Einigung erzielt.

Hartes Arbeitsumfeld

Für PflegerInnen im privaten Bereich gilt derzeit eine 38-Stunden-Woche,

doch nur wenige arbeiten Vollzeit. 70% von ihnen sind Teilzeitbeschäftigte und der Frauenanteil beträgt ebenfalls 70%. Die Probleme sind bekannt: Die Arbeit ist psychisch und physisch hochgradig belastend. Schichtdienste und Randarbeitszeiten erschweren oftmals die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Arbeitsintensität hat zugenommen, die Bezahlung ist ausbaufähig. Zum Leben reicht es kaum, dem intensiven Arbeitsleben folgt eine magere Pension. Und zu häufig droht die Altersarmut, besonders jenen Frauen, die lange in Teilzeit arbeiten. An dieser Stelle sei festgehalten, dass die Teilzeitarbeit oft nicht freiwillig gewählt wird. Der/die ArbeitgeberIn kann die Teilzeitkraft leichter in Schichtpläne einteilen und günstiger länger beschäftigen, da sie geringere Zuschläge bekommt.

Beispiele aus der Praxis: Eine Heimhilfe, die ältere Menschen im eigenen Haushalt unterstützt, erhält für 25 Wochenstunden netto 1.047 Euro monatlich.

Systemwechsel gefordert

Im November 2019 klärte eine Gewerkschaftskampagne über die 35-Stunden-Woche auf. Mit geradezu überwältigender Mehrheit wurde dabei im Rahmen

einer Umfrage geäußert: „Das ist harte und anstrengende Arbeit sieben Tage die Woche von null bis 24 Uhr.“ Viele Vollzeitbeschäftigte sind längst vom Burnout betroffen oder ihm nahe. Die TeilzeitarbeiterInnen haben Probleme, von ihrem Geld auch sorgenfrei/zufriedenstellend leben zu können.

Genau deshalb ist der Ruf nach der 35-Stunden-Woche unüberhörbar: Für TeilzeitarbeiterInnen bringt sie ein Plus von 8,6 Prozent, Vollzeitbeschäftigten ganze 18 Tage mehr Freizeit.

Noch gibt es keinen Pflegeotstand, doch für ein großes Plus von engagierten Pflegekräften muss die Arbeit unbedingt attraktiver werden. Es wäre sinnvoll, Menschen durch gute Arbeitszeitmodelle und eine bessere Entlohnung zur Pflege zu bringen. Von ihrer Leistung profitieren schließlich wir alle früher oder später – direkt oder indirekt.

Situation in Arztpraxen

Nachdem wir jahrelang vor dem Pflegeotstand gewarnt haben und das Einzige, was wir registrieren, eine weitere Verschlechterung der Situation der ArbeitnehmerInnen ist, kämpfen wir nun selbst für eine Lösung des Problems. Im Rahmen einer Arbeitszeitverkürzung auf mögliche Gehaltserhöhungen zu verzichten ist gelebte Solidarität – unter den Beschäftigten und mit den KlientInnen.

In Arztpraxen gelten leider noch geringere Mindestgehaltssätze und wir haben eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 40 Stunden in den Kollektivverträgen. Gelungen ist uns, – wie in der Sozialwirtschaft – die IST-Erhöhung in ganz Österreich – außer in der Steiermark – zu verankern. Dort stellt das bei den laufenden Verhandlungen unsere zentrale Forderung dar. Wir werden nicht ruhen, bis wir eine Erhöhung für alle Beschäftigten sichergestellt haben. Denn nur so können wir wirksam verhindern, dass sich die Probleme der Altersarmut und der Abhängigkeit vom Einkommen des Partners nicht noch weiter zuspitzen. <

Foto: © Nurith Wagner-Strauss



Autor:
Georg Grundei, diplômé
Wirtschaftsbereichs-
sekretär Gewerkschaft der
Privatangestellten, Druck,
Journalismus, Papier
(GPA-djp)